

INTERLLOYD VERSICHERUNGS-AG

Geschäftsbericht 2019

EINZELABSCHLUSS



Interlloyd
VERSICHERUNGS-AG

Inhalt

Kennzahlen	4
.....	
Das Profil des ARAG Konzerns	5
.....	
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	8
III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	15
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	16
.....	
Jahresabschluss	25
.....	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	49
.....	
Bericht des Aufsichtsrats	57
.....	
Weitere Informationen	59
.....	

Überblick

Kennzahlen Interlloyd Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)	2019	Veränderung	2018	2017
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	61.188	2,37%	59.769	60.586
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	29.644	3,40%	28.670	29.161
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	15.246	2,00%	14.946	14.456
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	51,43 %	-0,70 %-Pkt.	52,13 %	49,57 %
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	11.955	4,79%	11.409	11.157
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	40,33 %	0,54 %-Pkt.	39,79 %	38,26 %
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung, brutto	4.935	14,83%	4.298	8.328
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung f. e. R.	1.878	2,24%	1.837	2.713
Versicherungstechnisches Ergebnis nach Schwankungsrückstellung f. e. R.	2.009	-66,56%	6.009	1.934
Kapitalanlageergebnis	1.323	75,88%	752	1.481
Sonstiges Ergebnis	-980	-18,37%	-828	-986
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.352	-60,36%	5.933	2.428
Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung aus Ergebnisabführungsvertrag)	2.298	-61,22%	5.927	2.424
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge f. e. R.	139,84 %	0,01 %-Pkt.	139,83 %	151,46 %
Eigenkapital/Verdiente Beiträge f. e. R.	24,94 %	-0,85 %-Pkt.	25,79 %	25,35 %

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und weltweit einer der drei führenden Rechtsschutzanbieter. Vor über 80 Jahren als reiner Rechtsschutzversicherer gegründet, positioniert sich die ARAG heute als international erfolgreicher, innovativer Qualitätsversicherer. Neben dem Rechtsschutzgeschäft bietet sie ihren Kunden in Deutschland auch eigene einzigartige, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit und Gesundheit. Das Smart Insurer Programm ist dabei ein zentraler Schlüssel, um die Chancen, die sich aus dem Zukunftsthema Digitalisierung für den Konzern ergeben, umfassend zu nutzen und dabei passende Mehrwerte für die Kunden zu schaffen. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Der ARAG Konzern ist heute in insgesamt 19 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren europäischen Märkten sowie in den USA, Kanada und Australien. Die insgesamt über 4.300 Mitarbeiter erwirtschaften ein Umsatz- und Beitragsvolumen von rund 1,8 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die strategische Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz gestaltet die ARAG ihre Märkte mit innovativen Produkten und Services national und international maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist seit einigen Jahren das größte Konzerngeschäftsfeld. Dabei liefern die Einheiten außerhalb Deutschlands wertvolle Wachstumsimpulse für den Konzern. Parallel verfolgt die ARAG SE auch auf ihrem deutschen Heimatmarkt einen klaren Erfolgskurs und erzielt dort steigende Beiträge.

Kompositversicherung

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit mehr als 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherung

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten des Kooperationspartners Alte Leipziger ab.

Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-AG

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Interlloyd versteht sich als verlässlicher Maklerspezialist im Kompositbereich. Langfristige und partnerschaftliche Maklerverbindungen und eine Servicebereitschaft im Innen- und Außendienst stehen für die Gesellschaft im Mittelpunkt. Das konsequente Ausrichten von Produktentwicklung und Vertriebsaktivitäten an den Bedürfnissen der Makler und Kunden sowie die professionelle und serviceorientierte Antrags- und Schadenbearbeitung sind ein wesentlicher Baustein zum erreichten Erfolg. Die Gesellschaft bietet modularen Deckungsschutzaufbau für die privaten Sparten Unfall, Hausrat, Wohngebäude und Haftpflicht sowie für das individuelle qualifizierte Firmenkundengeschäft.

Mit tariflichen Deckungskonzepten bietet die Interlloyd insbesondere für kleine und mittlere Gewerbetreibende durch ein im Underwriting aufgestelltes Spezialistenteam gestalterisch flexible Konzepte und Lösungen. Innovative Produktergänzungen runden das Produktportfolio ab. Hohe Servicelevels sowie das breite Produktspektrum unterstützen die langfristigen Maklerverbindungen und führen zu einem nachhaltigen Bestandswachstum.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft erstreckt sich auf die Länder Deutschland und Spanien. Das Geschäft in Spanien wird durch eine im Geschäftsjahr 2014 gegründete Niederlassung betrieben. Neben dem deutschen Hauptsitz in Düsseldorf hat die Interlloyd eine Vertriebsaußenstelle in Hamburg.

Versicherungsbestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungsverträgen betrug am Ende des Geschäftsjahres 392.602 Stück (Vj. 398.362 Stück), wobei 387.708 Stück (Vj. 393.204 Stück) auf das nationale Geschäft und 4.894 Stück (Vj. 5.158 Stück) auf die spanische Niederlassung entfielen.

Betriebene Versicherungszweige und Versicherungsarten

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckt sich im selbst abgeschlossenen Geschäft auf die nachstehenden Versicherungszweige und -arten:

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgegliederte Haftpflichtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

- Feuer-Industrie-Versicherung
- Sonstige Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung(ED)-Versicherung

Leitungswasser (Lw)-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen

- Elektronikversicherung
- Bauleistungsversicherung

Transportversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- beziehungsweise Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage (EC)-Versicherung)

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Übrige und nicht aufgegliederte Beistandsleistungsversicherung

Sonstige Schadenversicherung

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach einer jahrelang aufwärtsgerichteten Konjunktur schwächte sich die weltweite Wirtschaftslage im Berichtsjahr ab. Der Abschwung der Weltwirtschaft zeichnete sich vor allem in einer schwachen Industrietätigkeit ab. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe sank in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ebenso führte der lang anhaltende Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China zu einer Reduktion des Welthandels. Auf die konjunkturelle Abschwächung der Wirtschaftslage reagierten die Zentralbanken mit einer Wiederaufnahme beziehungsweise Ausweitung expansiver geldpolitischer Maßnahmen.

Trotz politischer Unsicherheiten dürfte aber die Wirtschaft im Euroraum auch im siebten Jahr in Folge gewachsen sein, was von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen wurde. In Europa herrschte auch 2019 eine hohe Beschäftigung, die zusammen mit steigenden Löhnen, niedriger Inflation, günstigen Finanzierungsbedingungen und unterstützenden Fiskalmaßnahmen in einigen Mitgliedsstaaten zu einer Belebung der Binnennachfrage führte. Infolgedessen wird das Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union in 2019 voraussichtlich um 1,4 Prozent ansteigen.

Die Finanzmärkte in Europa waren weiterhin geprägt von diversen geopolitischen Unsicherheiten. Die expansive Geldpolitik in Form von Leitzinssenkungen seitens der US-amerikanischen Notenbank ließ des Weiteren die kurzfristigen Zinsen fallen, wodurch sich der Rückgang der langfristigen Renditen fortsetzte. Auch die Diskussionen um die politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union und die Gefahr eines ungeordneten „harten Brexits“ spielten im Berichtsjahr eine zentrale Rolle.

In Deutschland kühlte sich die Konjunktur im Berichtsjahr weiter ab. Die Konjunkturrisiken gegenüber dem Vorjahr existierten weiterhin unverändert. Aufgrund der schwächeren Dynamik auf dem Arbeitsmarkt stiegen die verfügbaren Einkommen nicht mehr so rasch an. Unter Berücksichtigung der politischen Unsicherheiten und des angespannten Umfelds prognostizierten die Institute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose daher für das Jahr 2019 eine geringe Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von voraussichtlich 0,5 Prozent.

Der deutsche Versicherungsmarkt wuchs insgesamt entgegen erster Prognosen aufgrund temporärer Faktoren erneut und entwickelte sich damit entgegengesetzt zur gesamtwirtschaftlich angespannten Lage. Die Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft lagen mit voraussichtlich 3,1 Prozent nur leicht unter dem Wachstum von 3,4 Prozent aus 2018. Der Versicherungszweig Rechtsschutzversicherung zeigte ein erneut nennenswertes Beitragswachstum von rund 2,5 Prozent (Vj. 4,2 Prozent), das in größerem Maße von Beitragsanpassungsmöglichkeiten getragen wurde. Für die private Krankenversicherung in Deutschland wird ein weiteres Beitragswachstum von etwa 2,1 Prozent erwartet, das leicht höher liegt als im Vorjahr (1,8 Prozent). Der leichte Rückgang in der Anzahl der Vollversicherten konnte durch den Anstieg bei den Zusatzversicherungsverträgen überkompensiert werden, was insgesamt zu einem Branchenwachstum führte.

Geschäftsverlauf

Die Beitragseinnahmen der Interlloyd stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 2,4 Prozent (Vj. –1,3 Prozent) wieder an. Nachdem im Vorjahr ein spürbarer Produktionsrückgang sowie geringere Beitragsanpassungen zu einem negativen Beitragswachstum führten, zeigte das Berichtsjahr wieder deutliche Beitragssteigerungen. Insbesondere im Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung legten die Prämien mit einem Plus von über 5 Prozent signifikant zu. Insgesamt beliefen sich die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 61.188 T€ (Vj. 59.769 T€). Im Vergleich zur Vorjahresprognose verfehlte die Interlloyd ihr Beitragsziel in 2019 jedoch dennoch deutlich.

Der Bruttoschadenaufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde unter anderem durch den günstigen Verlauf von Sturm- und Unwetterereignissen positiv beeinflusst. So gingen beispielsweise die Schadenmeldungen in der Sparte der Verbundenen Wohngebäudeversicherung um fast 1.350 Fälle zurück. Gegenläufig wirkten im Vergleich zum Vorjahr um 2.002 T€ höhere Aufwendungen für Geschäftsjahres-Großschäden, insbesondere im Versicherungszweig der Feuerversicherung. Insgesamt reduzierte sich der Bruttoschadenaufwand um circa 259 T€. Die Bruttoschadenquote ging im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,6 Prozentpunkte auf 49,2 Prozent zurück.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb brutto lagen mit 24.983 T€ etwa 4,0 Prozent über Vorjahresniveau. Zum einen führte der Beitragsanstieg zu um rund 412 T€ höheren Provisionsaufwendungen. Zum anderen stiegen die Kosten für Informationstechnik, hauptsächlich im Bereich der Weiterentwicklung von Anwendungen, um 335 T€ gegenüber 2018. In Summe erhöhte sich die Bruttokostenquote auf 40,8 Prozent (Vj. 40,2 Prozent).

Die Schadenkostenquote brutto ging auf 90,0 Prozent (Vj. 91,0 Prozent) zurück und konnte somit erneut deutlich unter 100 Prozent abschließen.

Aus den Kapitalanlagen wurde ein Ergebnis von 1.323 T€ erzielt (Vj. 752 T€). Wie im Vorjahr wurde von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip für solche Spezialfonds und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 35 T€ (Vj. 482 T€) sowie Wertaufholungen in Höhe von 296 T€ (Vj. 0 T€) vorgenommen.

Die in den vergangenen Monaten geführten Diskussionen um die politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union (Brexit) hatte für die Interlloyd keine wesentlichen Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf in 2019, da die Gesellschaft dort kein Geschäft vermittelt.

Das an die Muttergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abzuführende Ergebnis lag im Geschäftsjahr 2019 bei 2.298 T€ (Vj. 5.927 T€). Damit konnte die Gesellschaft im Vergleich zur letztjährigen Prognose ihr Ergebnisziel um etwa 1.212 T€ übertreffen.

Die Interlloyd dankt allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für den geleisteten Einsatz und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

Ertragslage

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen stiegen im Berichtsjahr von 59.769 T€ um 2,4 Prozent auf 61.188 T€. Nach Abzug der Rückversicherungsabgaben und Veränderung der Beitragsüberträge verblieben verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 29.644 T€ (Vj. 28.670 T€).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf 49,2 Prozent (Vj. 50,8 Prozent) und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf 40,8 Prozent (Vj. 40,2 Prozent) der verdienten Bruttobeiträge. Die Vergleichszahlen – bezogen auf die verdienten Nettobeiträge – betragen bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle 51,4 Prozent (Vj. 52,1 Prozent) und bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb 40,3 Prozent (Vj. 39,8 Prozent).

Positiven Einfluss auf die Bruttoschadenquote hatte vor allem der Rückgang der gemeldeten Geschäftsjahresschäden. Gegenläufig wirkte der ungünstige Verlauf von Geschäftsjahres-Großschäden. Durch die Sturm- und Unwetterentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde insbesondere der Bruttoschadenaufwand in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung entlastet. Die bilanzielle Schadenquote vor Rückversicherung ging in dieser Sparte, zusätzlich bedingt durch gestiegene Prämieinnahmen, von 62,4 Prozent auf 55,3 Prozent zurück.

Das Volumen der passiven Rückversicherung stieg im Geschäftsjahr 2019 von 31.114 T€ auf 31.573 T€. Von den abgegebenen Rückversicherungsbeiträgen entfielen rund 92 Prozent auf die ARAG Allgemeine, mit der ein Quotenrückversicherungsvertrag besteht. Diese Aktionärsquote beträgt unverändert 50 Prozent. Durch die im vergangenen Geschäftsjahr vergleichsweise geringeren Bruttoschadenaufwendungen der Gesellschaft profitierten ebenfalls die Rückversicherer. Hierdurch wurde das Ergebnis der Interlloyd im Berichtsjahr mit 3.057 T€ (Vj. 2.461 T€) belastet.

Die Schadenkostenquote netto lag mit 91,8 Prozent (Vj. 91,9 Prozent) erneut unter 100 Prozent. Zuzüglich des sonstigen versicherungstechnischen Ergebnisses wurde vor Schwankungsrückstellung ein versicherungstechnischer Gewinn von 1.878 T€ (Vj. 1.837 T€) erzielt. Nachdem das versicherungstechnische Ergebnis der Interlloyd in 2018 maßgeblich durch Veränderungen der Schwankungsrückstellung gekennzeichnet war, insbesondere in den Versicherungszweigen der Allgemeinen Unfallversicherung sowie der Verbundenen Hausratversicherung, blieben vergleichbare Effekte im Berichtsjahr 2019 aus. Nach Schwankungsrückstellung schloss die versicherungstechnische Gesamtrechnung mit einem Gewinn von 2.009 T€ (Vj. 6.009 T€) ab.

In der nichtversicherungstechnischen Rechnung belief sich das Kapitalanlageergebnis auf 1.323 T€ (Vj. 752 T€) und das sonstige Ergebnis auf –980 T€ (Vj. –828 T€). Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit betrug 2.352 T€ (Vj. 5.933 T€).

Aufgrund des zum 1. Januar 1999 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags mit der ARAG Allgemeine, wurde ein Gewinn in Höhe von 2.298 T€ (Vj. 5.927 T€) an die Muttergesellschaft abgeführt.

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen des selbst abgeschlossenen Geschäfts wird unter Angabe der wesentlichen Ergebnispositionen wie folgt erläutert:

Unfallversicherung: Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Unfallversicherung betragen brutto 9.707 T€ (Vj. 9.622 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 4.780 T€ (Vj. 4.745 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.090 T€ (Vj. 2.433 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.800 T€ (Vj. 1.760 T€), jeweils für eigene Rechnung, wurde ein versicherungstechnischer Gewinn von 911 T€ (Vj. 599 T€) vor Schwankungsrückstellung erzielt. Nach einer Zuführung in Höhe von 35 T€ (Vj. Entnahme 3.091 T€) zur Schwankungsrückstellung ergab sich ein Gewinn von 876 T€ (Vj. 3.691 T€).

Haftpflichtversicherung: In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung sanken die Bruttobeitragseinnahmen von 5.304 T€ auf 5.297 T€. Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 2.465 T€ (Vj. 2.458 T€). Bei einem Schadenaufwand von 871 T€ (Vj. 1.250 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 970 T€ (Vj. 981 T€), jeweils für eigene Rechnung, entstand ein versicherungstechnischer Gewinn von 619 T€ (Vj. 228 T€). Eine Schwankungsrückstellung war weder im abgelaufenen Geschäftsjahr noch im Vorjahr zu bilden. Der auszuweisende Gewinn betrug demnach 619 T€ (Vj. 228 T€).

Verbundene Hausratversicherung: Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 15.916 T€ (Vj. 15.742 T€). Die nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge verbliebenen verdienten Beiträge für eigene Rechnung von 7.565 T€ (Vj. 7.467 T€) konnten den Schadenaufwand von 3.257 T€ (Vj. 3.835 T€) und die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.000 T€ (Vj. 2.996 T€) ausgleichen, sodass ein versicherungstechnischer Gewinn von 1.089 T€ (Vj. 431 T€) auszuweisen war. Nachdem 287 T€ der Schwankungsrückstellung entnommen wurden (Vj. 1.843 T€), erhöhte sich der versicherungstechnische Gewinn auf 1.376 T€ (Vj. 2.274 T€).

Verbundene Wohngebäudeversicherung: Die Beitragseinnahmen betragen brutto 19.500 T€ (Vj. 18.519 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 9.212 T€ (Vj. 8.674 T€). Bei einem Schadenaufwand von 5.547 T€ (Vj. 5.385 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.774 T€ (Vj. 3.443 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Verlust von 367 T€ (Vj. 374 T€) zu verzeichnen. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 452 T€ (Vj. 271 T€) ergab sich ein Verlust in Höhe von 819 T€ (Vj. 645 T€).

Übrige Versicherungen: Bei den übrigen betriebenen Versicherungszweigen überwogen die Bruttobeitragseinnahmen aus der Feuerversicherung mit 2.326 T€ (Vj. 2.317 T€), der Technischen Versicherung mit 1.552 T€ (Vj. 1.184 T€), der Einbruchdiebstahlversicherung mit 1.494 T€ (Vj. 1.491 T€) und der Glasversicherung mit 1.410 T€ (Vj. 1.415 T€). Ferner sind in den übrigen Versicherungen die Leitungswasserversicherung mit 938 T€ (Vj. 930 T€), die Betriebsunterbrechungsversicherung mit 574 T€ (Vj. 511 T€), die Sturmversicherung mit 446 T€ (Vj. 439 T€) sowie die sonstigen Versicherungen enthalten. Für diese übrigen Sparten entstanden verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 5.622 T€ (Vj. 5.326 T€). Bei einem Schadenaufwand von 3.480 T€ (Vj. 2.043 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.411 T€ (Vj. 2.228 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Verlust von 374 T€ (Vj. Gewinn 953 T€) zu verzeichnen. Nach einer Entnahme von 332 T€ (Vj. Zuführung 491 T€) aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 42 T€ (Vj. Gewinn 462 T€).

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis Das Kapitalanlageergebnis der Interlloyd belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf 1.323 T€ (Vj. 752 T€) und verbesserte sich damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich für den Anstieg des Kapitalanlageergebnisses waren unter anderem der um 447 T€ geringere Abschreibungsbedarf sowie die Wertaufholungen in Höhe von 296 T€ (Vj. 0 T€). Das Beteiligungsergebnis der Tochtergesellschaft VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf, legte auf 243 T€ (Vj. 215 T€) zu. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug im Berichtsjahr 2,4 Prozent (Vj. 1,4 Prozent), die laufende Durchschnittsverzinsung belief sich auf 2,0 Prozent (Vj. 2,2 Prozent).

Das sonstige Ergebnis verringerte sich gegenüber dem Vorjahr auf –980 T€ (Vj. –828 T€). Ursächlich hierfür waren insbesondere gestiegene Abfindungszahlungen.

Außerordentliches Ergebnis Im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr entstanden keine außerordentlichen Ergebnissachverhalte.

Gesamtergebnis Das Jahresergebnis ist aufgrund des im Geschäftsjahr 1999 mit der ARAG Allgemeine geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags in vollem Umfang in Höhe von 2.298 T€ (Vj. 5.927 T€) an die Muttergesellschaft abzuführen.

Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen.

Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen des Unternehmens stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 453 T€ (Vj. 478 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerlichen Kapitalanlagen zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Kapitalanlagevolumen ging im Geschäftsjahr 2019 um 0,2 Prozent auf 54.756 T€ zurück. Die Aufteilung der Kapitalanlagen nach Anlageklassen ergibt sich wie folgt:

Kapitalanlagestruktur				
<i>(in Tausend Euro)</i>				
	2019		2018	
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1.004	1,8 %	1.004	1,8 %
Aktien und Investmentanteile	14.356	26,2 %	12.989	23,7 %
Inhaberschuldverschreibungen	34.396	62,8 %	31.885	58,1 %
Namenschuldverschreibungen	4.000	7,3 %	4.000	7,3 %
Schuldscheinforderungen, Darlehen	1.000	1,8 %	5.000	9,1 %
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0,0 %	0	0,0 %
	54.756	100,0 %	54.878	100,0 %

Aktien und Investmentvermögen wurden nach § 341b Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) mit einem Buchwert von 14.356 T€ (Vj. 12.989 T€) dem Anlagevermögen zugeordnet. Inhaberschuldverschreibungen wurden im Buchwertumfang von 1.294 T€ (Vj. 1.902 T€) wie Anlagevermögen behandelt.

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht unter den nichtversicherungstechnischen Angaben im Anhang.

Solvabilität Nach § 89 Abs. 1 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sind alle Versicherungsunternehmen verpflichtet, stets über anrechnungsfähige Eigenmittel mindestens in Höhe der Solvenzkapitalanforderung zu verfügen. Seit dem 1. Januar 2016 ist das Solvency-II-Regime in Kraft. Gemäß § 40 VAG ist spätestens 14 Wochen nach dem Ende des Geschäftsjahres ein Solvabilitäts- und Finanzbericht zu veröffentlichen, in dem allgemein verständlich die Solvabilitätslage erläutert wird. Versicherungsgruppen haben darüber hinaus auf Konzernebene die Bedeckung der Solvabilitätsspanne mit qualifizierten Eigenmitteln und deren angemessene Verteilung im Konzern sicherzustellen. Die Einhaltung der Solvabilitätsvorschriften wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) quartalsweise nachgewiesen.

Die Solvabilitätskennzahlen werden auf der Ebene der Versicherungsgesellschaft und auf Ebene des Konzerns quartalsweise berechnet.

Im Berichtsjahr war die Bedeckung der gesetzlich geforderten Solvabilitätsspanne gemäß den aktuellen Solvabilitätsvorschriften bei der Interlloyd stets sichergestellt.

Mitarbeiter

Bei der Erfüllung ihres Leistungsversprechens baut die Interlloyd auf eine kompetente, fokussierte und sehr leistungsbereite Belegschaft in Deutschland und in Spanien. Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 zählte die Interlloyd insgesamt 51 (Vj. 51) Mitarbeiter.

III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, hat nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt, dass sie 100 Prozent der Aktien der Interlloyd Versicherungs-AG hält.

Die ARAG Holding SE, Düsseldorf, ist mittelbar über die ARAG SE, Düsseldorf, wiederum mit Mehrheit an der ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt. Damit ist die Interlloyd ein mittelbar im Mehrheitsbesitz der ARAG Holding SE stehendes und gemäß Artikel 9 Abs. 1 SE-Verordnung vom 10. November 2001 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 AktG abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG.

Zum 1. Januar 1999 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgeschlossen, an die im Geschäftsjahr ein Gewinn in Höhe von 2.298 T€ (Vj. 5.927 T€) von der Interlloyd abgeführt wird. Die Erstellung eines Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG konnte aufgrund des Abschlusses dieses Ergebnisabführungsvertrags mit dem beherrschenden Unternehmen nach § 316 AktG entfallen.

Im April 2005 erwarb die Interlloyd 100 Prozent der Anteile an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die VIF hat im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 309 T€ (Vj. 244 T€) erwirtschaftet und ist mit einem gezeichneten Kapital von 30 T€ ausgestattet. Die VIF ist ein abhängiges und im Mehrheitsbesitz der Interlloyd stehendes Unternehmen gemäß § 17 AktG.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird auch in Zukunft von zahlreichen wesentlichen Risiken beeinflusst werden. Hierzu zählt die Gefahr, dass protektionistische Tendenzen und politische Unsicherheiten zunehmen und sich die internationalen Handelsbeziehungen weiter abkühlen.

Mit Blick auf die politischen Entwicklungen in Europa und Deutschland ist weiterhin eine der zentralen Fragen die ungeklärte politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Nach dem vollzogenen Brexit im Januar 2020 sind neben den Grundlagen für die langfristigen internationalen Beziehungen des Landes auch die wirtschaftlichen Auswirkungen noch unklar.

Diesen Risiken stehen jedoch auch Chancen und Potenziale für ein stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber. Für den Euroraum geht aus der Prognose der Europäischen Kommission hervor, dass das europäische Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch künftig wachsen wird. Getragen wird diese Entwicklung ausschließlich durch starke binnenwirtschaftliche Kräfte einzelner Volkswirtschaften. Dementsprechend bleibt auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) weiterhin expansiv ausgerichtet, um dem derzeitigen Abschwung entgegenzuwirken. Für das Jahr 2020 wird demnach erwartet, dass durch die Lockerung der weltweiten Finanzierungsbedingungen und das Setzen politischer Impulse in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften das europäische BIP um 1,6 Prozent wachsen wird (2019: 1,4 Prozent).

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem Abschwung. Die Abkühlung hat vor allem die Industrie erfasst und lässt aufgrund einer rückläufigen Produktion und einer schwierigen Auftragslage keine schnelle Belebung erwarten. Der Sachverständigenrat geht für 2020 von einem Wachstum des nationalen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von lediglich 0,5 Prozent aus. Trotz einer momentanen Konjunkturschwäche erwarten die Experten jedoch keine tiefergehende Rezession.

Herausforderungen für die Versicherer ergeben sich unverändert aus einer deutlichen Intensivierung des Wettbewerbs. Chancen für weiteres Prämienwachstum und für einen zusätzlichen Bestandsausbau ergeben sich zu großen Teilen lediglich durch einen Anbieterwechsel. Dieser Trend wird auch zukünftig beobachtbar bleiben. Das langjährige Niedrigzinsumfeld, umfangreiche Regulierungsreformen, der demografische Wandel und nicht zuletzt die Digitalisierung führen zu einem Umbruch der deutschen Versicherungsmärkte. Diese fundamentalen Veränderungen bergen sowohl Chancen als auch Risiken. So bieten insbesondere neue digitale Technologien deutlich effizientere Wege, um Schadenfälle zu regulieren sowie die Interaktion zwischen Kunden und Anbietern zu erleichtern und zu verbessern.

Für Sachversicherer ergeben sich Risiken vor allem durch den immer wieder diskutierten Klimawandel. Die letzten Jahre zeigten deutlich, dass nicht nur Stürme oder Orkane landesweite Naturgefahren darstellen, sondern auch Starkregen und Hagel zu den regelmäßig wiederkehrenden Schadenereignissen zählen. Diese wiederum können zu Hochwasser und Überschwemmungen führen. Hinzu kommen lang anhaltende Dürren, die gravierende Ernteschäden verursachen.

Die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft werden voraussichtlich weiter anwachsen. Für den deutschen Markt rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in 2020 mit einer Steigerung von etwa 1,8 Prozent (Vj. 5,4 Prozent). In der Schaden- und Unfallversicherung wird für 2020 von einem Prämienplus von circa 2,5 Prozent (Vj. 3,1 Prozent) ausgegangen. Getragen wird die Entwicklung in der Schaden- und Unfallversicherung insbesondere durch erneut steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen. In der privaten Krankenversicherung wird sich der Beitragsanstieg voraussichtlich auf 2,0 Prozent (Vj. 2,1 Prozent) belaufen.

Die Interlloyd sieht, unter Berücksichtigung der vorliegenden Chancen und Risiken, eine stabile Grundlage, um auch in 2020 profitabel zu wachsen. Die Gesellschaft plant ein Beitragswachstum, das leicht über dem Beitragsplus des aktuellen Berichtsjahres liegen wird. Chancen zur Ausweitung des Geschäftsvolumens ergeben sich weiterhin insbesondere aus dem modularen Deckungsschutzaufbau in den Versicherungszweigen der privaten Unfall-, Haftpflicht-, Wohngebäude- und Hausratversicherung sowie aus dem individuellen Firmenkundengeschäft. Darüber hinaus führt die eindeutige Positionierung als „Maklerorientierte Versicherungsgesellschaft“ zu Wettbewerbsvorteilen. Schnelle Entscheidungswege machen die Gesellschaft für jeden Makler zu einem äußerst interessanten Partner. Die Gesellschaft wird die erfolgreiche und konsequente Ausrichtung an den Kundenbedürfnissen und Marktentwicklungen weiter fortsetzen. Gerade im Maklerumfeld ist es strategisch von entscheidender Bedeutung, sowohl individuelle, flexible Lösungen und Konzepte zur Risikoabsicherung als auch kurze Zugangswege sowie eine einfache und schnelle Abwicklung in Vertragsfragen und Schadenfällen zu bieten.

Aus den dem Brexit folgenden Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union erwartet die Interlloyd keine wesentlichen Auswirkungen auf den versicherungstechnischen Geschäftsverlauf in 2020, da die Gesellschaft dort kein Geschäft vermittelt.

Hinsichtlich der Schadenentwicklung geht die Gesellschaft in ihrer Prognose von einer Nettoquote deutlich über dem Vorjahr aus. Die Nettokostenquote wird dagegen auf Vorjahresniveau erwartet. Insgesamt ist für 2020 weiterhin eine Schadenkostenquote unter 100 Prozent geplant.

Die Einschätzung des Kapitalanlageergebnisses ist insbesondere aufgrund der aktuell schwer einschätzbaren Auswirkungen von gesundheitlichen Notlagen (COVID-19) nach wie vor mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Im Rahmen der strategischen Planung geht die Interlloyd daher, basierend auf ihrer konservativen Anlagepolitik, von einem Kapitalanlageergebnis aus, welches deutlich unter dem Resultat von 2019 liegen wird.

Die Gesellschaft ist zuversichtlich, die Ertragsstärke in den kommenden Jahren auf weiterhin hohem Niveau halten zu können. Der abzuführende Gewinn nach Schwankungsrückstellung ist für 2020 jedoch deutlich unter Vorjahresniveau geplant. Grund hierfür sind voraussichtlich deutliche Zuführungen zur Schwankungsrückstellung. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Chancen und Risiken wird für das Jahr 2020 eine stabile Geschäftsentwicklung erwartet.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Risikostrategie Basierend auf der Geschäftsstrategie legt der Vorstand die Risikostrategie fest. Sie definiert den risikopolitischen Rahmen für die mit den strategischen Geschäftszielen verbundene Ausgestaltung der einzelnen Risikopositionen. Ausgehend von der festgelegten Risikotoleranz werden darüber hinaus die Instrumente zur Einhaltung der vorgegebenen Risikotragfähigkeit beschrieben. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Die Quantifizierung von Risiken und die Messung der Risikotragfähigkeit erfolgen im Rahmen der Rechnungslegung gemäß Solvency II.

Limitsystem Ausgehend von der festgelegten Risikotoleranz in Form einer geschäftspolitischen Mindestbedeckungsquote und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln wird ermittelt, wie hoch die Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft insgesamt maximal sein darf. Der Vorstand legt anhand dieser Obergrenze ein Gesamtlimit fest, welches auf die wesentlichen Risiken beziehungsweise Subrisiken verteilt wird. Das Limitsystem wird jährlich überprüft. Auf Basis unterjähriger Berechnungen der Limitauslastung wird ermittelt, inwieweit Risiken weiter eingegangen werden können, reduziert werden sollten beziehungsweise eine Limiterhöhung grundsätzlich möglich ist. Sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für die Limitierung auf Ebene der Risikokategorien wird ein Ampelsystem genutzt, anhand dessen die Entwicklung der Limitauslastungen rechtzeitig erkannt wird und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

ORSA Um das Ziel der konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik langfristig zu gewährleisten, wird im Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Prozess geprüft, ob die zukünftige Entwicklung der bedeutendsten Einzelrisiken in den nächsten drei Geschäftsjahren beherrschbar bleibt. Dazu werden im ORSA-Prozess der unternehmens-eigene Gesamtsolvabilitätsbedarf sowie die Eigenmittel pro Planjahr ermittelt und daraus eine Indikation für die zukünftige Bedeckungssituation des Unternehmens abgeleitet.

Für die jährliche Durchführung des ORSA-Prozesses ist der Vorstand verantwortlich und übernimmt darin eine führende Rolle.

Unabhängige Risikomanagementfunktion Die Umsetzung des Risikomanagementsystems obliegt der unabhängigen Risikomanagementfunktion, die von der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortung getrennt. Für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer als Mitglied des Vorstands zuständig. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich in Form einer Risk Governance, durch die mit konzernweit einheitlichen Leit- und Richtlinien Vorgaben für die Umsetzung der risikorelevanten Prozesse in der Gesellschaft festgelegt werden. Zudem sorgt die unabhängige Risikomanagementfunktion durch eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung.

Die operativen Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den jeweils verantwortlichen Unternehmensbereichen getroffen.

Risikomanagementprozess Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in einem entsprechenden Neu-Produkt-Prozess bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren analysiert, die den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden im Rahmen der Validierung regelmäßig dahin gehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Alle identifizierten Risiken werden kontinuierlich bewertet. Risiken, für die eine Solvenzkapitalanforderung besteht, werden mit einem internen Partialmodell bewertet. Dieses ermittelt den jeweiligen Wertverlust von Risikopositionen, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent innerhalb eines Jahres nicht überschritten wird. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stresstest unterzogen. Die Bewertung relevanter Risiken, die nicht in die Solvenzkapitalanforderung einfließen, erfolgt im Rahmen des ORSA-Prozesses.

Die operative Steuerung der Risiken wird somit von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen (siehe unten). Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zu Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation.

Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Die Risikoüberwachung berücksichtigt die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich und zeitnah Bericht erstattet. Grundsätzlich können auch überraschende Entwicklungen oder extreme Ereignisse das Risikoprofil einer Gesellschaft beeinflussen. Aus diesem Grund erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstigen Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Der ARAG Konzern folgt bei der Ausgestaltung des ISKS dem „Three Lines of Defence“-Modell:

- **First Line of Defence:** Die erste Verteidigungslinie wird von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen gebildet, welche im Rahmen des Risikokontrollprozesses für die Identifikation und Bewertung der Risiken ihres Bereichs verantwortlich sind.
- **Second Line of Defence:** Die Überwachung der Geschäfts- und Zentralbereiche erfolgt durch Querschnittsfunktionen (Konzerncontrolling, Recht/Compliance, Konzern Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion), die Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vergeben.
- **Third Line of Defence:** Im Rahmen der Revisionstätigkeit für die Konzerngesellschaften prüft die Hauptabteilung Konzern Revision die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns. Darüber hinaus führt die Hauptabteilung Konzern Revision für die Konzerngesellschaften die Revisionstätigkeit aus, die ihr diese vertraglich übertragen haben. Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzern Revision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des ISKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch.

Risikokategorien

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts an, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung beziehungsweise aus nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Diese Verluste ergeben sich unter anderem aus Folgendem:

- **Prämien-/Reserverisiko:** Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung
- **Katastrophenrisiko:** Wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse
- **Stornorisiko:** Negative Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolicen

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt anhand eines internen Modells. Mithilfe einer Simulation wird der Verlust prognostiziert, wie er nur alle 200 Jahre erwartet wird (200-Jahres-Ereignis). Ausgehend von den historischen Schäden werden für das Prämienbeziehungsweise Reserverisiko künftige Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die konstant ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2019	51,7	49,2	4,3
2018	53,0	50,8	3,6
2017	46,3	45,3	1,7
2016	56,2	50,1	10,7
2015	63,7	57,0	12,6
2014	63,3	54,8	14,3
2013	68,4	59,1	14,9
2012	68,2	54,7	19,4
2011	70,6	54,3	21,3
2010	74,3	56,2	21,4

Gegenparteiausfallrisiko Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern, Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Es gibt das Verlustrisiko wieder, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verringerung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler werden bewertet. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 101 T€ (Vj. 79 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 0,2 Prozent (Vj. 0,2 Prozent).

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts durch nachteilige Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko resultiert direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Beispielsweise würde ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozent den Zeitwert der Rententitel näherungsweise um 2,9 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Beispielsweise würde ein angenommener Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent zu einem Zeitwertverlust von 1,2 Millionen € führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.
- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse.
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve.
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen in der Höhe von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

31.12.2019

AAA	28,3
AA	21,1
A	21,5
BBB	23,6
BB	2,6
B	2,8
CCC	0,1
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere (Marktwerte) stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 34,5 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 32,1 Prozent auf öffentliche Anleihen und 33,5 Prozent auf Unternehmensanleihen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils unter anderem Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Damit ist das Liquiditätsrisiko ein abgeleitetes Risiko, zum einen als Ausprägung des Kapitalanlagerisikos (Assets sind nicht liquide) und zum anderen als Ausprägung des versicherungstechnischen Risikos (fällige Versicherungsleistungen übersteigen die liquiden Mittel).

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird. Die Planung wird permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel.

Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt anhand der Schätzung von Brutto- und Nettowerten für jedes einzelne operationelle Risiko auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos und dessen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung durch die verantwortlichen Mitarbeiter. Die Einschätzung der Auswirkung kann sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgenommen werden. Anhand einer Risikomatrix ergibt sich eine Priorisierung der Risiken. Die subjektive Einschätzung kann durch eine Verlustereignisdatenbank plausibilisiert werden.

Für Risiken, die Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen haben können, gibt es vorab definierte Notfallpläne. So wurde beispielsweise ein Notfallmanagement eingerichtet, durch welches im Fall eines Cyberangriffs spezielle Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Damit werden die Folgen eines Angriffs minimiert. Durch ein laufendes Monitoring der Umsetzung der jeweils angewandten Maßnahmen ist die dauerhafte Wirksamkeit der Risikominderung gewährleistet.

Gesamtbild der Risikolage

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des VAG ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechneten Solvenzkapitalanforderungen deutlich. Weitere Angaben zur Risikosituation können dem separat aufgelegten Bericht über Solvabilität und Finanzlage (nicht Bestandteil des Lageberichts) entnommen werden.

Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen für das Jahr 2020 erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	25
Jahresbilanz	26
Gewinn- und Verlustrechnung	30
<hr/>	
Anhang	34
I. Allgemeine Angaben	34
II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	34
III. Versicherungstechnische Angaben	40
IV. Nichtversicherungstechnische Angaben	42
V. Nachtragsbericht	46
VI. Sonstige Angaben	46
VII. Organe der Gesellschaft	48
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	49
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	57
<hr/>	
Weitere Informationen	59
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Geschäfts- oder Firmenwert

B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
 1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- III. Sonstige Kapitalanlagen
 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) Übrige Ausleihungen
 5. Einlagen bei Kreditinstituten
 6. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 1. an Versicherungsnehmer
 2. an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 188,73 € (Vj. 188,73 €)
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 275.767,73 € (Vj. 471.347,36 €)
- III. Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 1.482.400,15 € (Vj. 3.079.911,43 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Aktive latente Steuern (Steuerabgrenzungsposten nach § 306 i. V. m. § 274 Abs. 2 HGB)

G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Summe der Aktiva

Die Deckungsrückstellung für Renten zur Allgemeinen Unfallversicherung beträgt zum 31. Dezember 2019 3.561.792,00 € und zur Allgemeinen Haftpflichtversicherung 113.613,00 €. Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. III. 1. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

				2019	2018
				0,00	
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				14.356.056,54	12.988.616,87
				34.395.805,00	31.885.164,00
				0,00	0,00
				4.000.000,00	4.000.000,00
				1.000.000,00	5.000.000,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				5.000.000,00	9.000.000,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				53.751.861,54	53.873.780,87
				0,00	0,00
				54.756.296,95	54.878.216,28
				1.435.766,11	1.498.134,45
				120.374,61	148.788,95
				1.556.140,72	1.646.923,40
				275.767,73	471.347,36
				1.501.078,57	3.096.994,18
				3.332.987,02	5.215.264,94
				0,00	0,00
				452.546,09	478.129,35
				27.344,49	43.726,93
				479.890,58	521.856,28
				271.823,28	386.641,76
				0,00	0,00
				271.823,28	386.641,76
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				58.840.997,83	61.001.979,26

Düsseldorf, den 23. Januar 2020
 Die Verantwortliche Aktuarin

Kathrin Khelaifia, vormals Smeja,
 Dipl.-Mathematikerin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

- IV. Bilanzgewinn

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- II. Deckungsrückstellung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

- VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

C. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

E. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.351.611,68 € (Vj. 6.137.218,87 €)
davon aus Steuern: 895.444,57 € (Vj. 749.871,98 €)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.940,35 € (Vj. 0,00 €)

F. Rechnungsabgrenzungsposten

G. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			2019	2018
		5.000.000,00		5.000.000,00
		1.852.771,59		1.852.771,59
	500.000,00			500.000,00
	40.000,00			40.000,00
		540.000,00		540.000,00
		0,00		0,00
			7.392.771,59	7.392.771,59
	13.528.513,54			13.582.292,28
	6.704.462,20			6.728.711,39
		6.824.051,34		6.853.580,89
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
	39.079.201,96			35.825.441,85
	20.212.655,13			18.424.114,09
		18.866.546,83		17.401.327,76
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
		15.033.406,00		15.165.092,00
	730.000,00			670.000,00
	0,00			0,00
		730.000,00		670.000,00
			41.454.004,17	40.090.000,65
		2.802.472,00		2.474.186,00
		0,00		0,00
		478.503,30		511.816,88
			3.280.975,30	2.986.002,88
			0,00	0,00
	2.265.048,31			2.639.548,43
	1.116.243,95			942.759,36
		3.381.292,26		3.582.307,79
		0,00		0,00
		3.331.954,51		6.950.896,35
			6.713.246,77	10.533.204,14
			0,00	0,00
			0,00	0,00
			58.840.997,83	61.001.979,26

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Selbst abgeschlossenes und übernommenes Geschäft

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
a) Gebuchte Bruttobeiträge
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
a) Zahlungen für Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
9. Zwischensumme
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung
Übertrag:

			2019	2018
	61.187.769,78			59.769.343,69
	-31.572.889,36			-31.114.467,52
		29.614.880,42		28.654.876,17
	53.778,74			27.327,41
	-24.249,19			-12.120,98
		29.529,55		15.206,43
			29.644.409,97	28.670.082,60
			33.592,00	45.512,00
			58.478,44	61.095,46
	26.889.095,61			30.051.162,20
	-13.108.703,01			-15.225.429,86
		13.780.392,60		14.825.732,34
	3.253.760,11			350.833,74
	-1.788.541,04			-230.242,38
		1.465.219,07		120.591,36
			15.245.611,67	14.946.323,70
			-60.000,00	10.000,00
			0,00	0,00
		24.982.725,67		24.020.977,83
		-13.027.637,82		-12.612.348,56
			11.955.087,85	11.408.629,27
			597.983,96	595.024,31
			1.877.796,93	1.836.712,78
			131.686,00	4.172.096,00
			2.009.482,93	6.008.808,78
			2.009.482,93	6.008.808,78

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Selbst abgeschlossenes Geschäft

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 243.000,00 € (Vj. 215.000,00 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
- c) Erträge aus Zuschreibungen
- d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- d) Aufwendungen aus Verlustübernahme

3. Technischer Zinsertrag

4. Sonstige Erträge

5. Sonstige Aufwendungen

6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 7. Außerordentliche Erträge
- 8. Außerordentliche Aufwendungen
- 9. Außerordentliches Ergebnis

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

11. Sonstige Steuern

12. Erträge aus Verlustübernahme

- 13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

14. Jahresüberschuss

				2019	2018
				2.009.482,93	6.008.808,78
		243.000,00			215.000,00
	0,00				0,00
	944.905,39				1.142.413,11
		944.905,39			1.142.413,11
		295.632,05			0,00
		0,00			40.006,16
		0,00			0,00
			1.483.537,44		1.397.419,27
		83.278,02			84.878,71
		35.260,00			482.219,60
		8.875,00			32.875,28
		0,00			0,00
			127.413,02		599.973,59
			33.592,00		45.512,00
				1.322.532,42	751.933,68
			334.540,19		481.219,82
			1.314.763,02		1.309.312,57
				- 980.222,83	- 828.092,75
				2.351.792,52	5.932.649,71
			0,00		0,00
			0,00		0,00
				0,00	0,00
				2.351.792,52	5.932.649,71
			48.238,72		0,00
			5.212,04		5.399,22
				53.450,76	5.399,22
				0,00	0,00
				2.298.341,76	5.927.250,49
				0,00	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Rechnungslegungsvorschriften

Die Interlloyd Versicherungs-AG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 34575 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf. Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der ergänzenden Vorschriften für Versicherungsunternehmen, des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Für die Gliederung des Jahresabschlusses wurden die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV verwendet.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und aufgrund der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sich aus den maßgeblichen Rechtsvorschriften ergebenden Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ der geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees (DRSC) für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, angewendet.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls gekürzt um Abschreibungen aufgrund des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung. Im Geschäftsjahr waren deswegen, wie auch im Vorjahr, keine Abschreibungen vorzunehmen. Zuschreibungen aufgrund des Wegfalls des Grunds für einen niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr, wie auch im Vorjahr, ebenfalls nicht erfolgt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit einem Anteilsbesitz von mindestens 20,0 Prozent, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, bestanden im Geschäftsjahr an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Interlloyd erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 308.929,72 € (Vj. 243.717,78 €) und wies zum 31. Dezember 2019 ein Eigenkapital von 340.766,25 € (Vj. 274.836,53 €) aus.

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgte mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag.

Im Geschäftsjahr wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Aktien und Investmentanteile wie im Vorjahr keine Abschreibungen sowie auf Anleihen Abschreibungen in Höhe von 35.260,00 € (Vj. 146.379,00 €) vorgenommen. Wertaufholungen auf diese Titel erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 159.161,00 € (Vj. 0,00 €).

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Sämtliche Spezialfonds sowie ein Teil der Inhaberschuldverschreibungen sind bei der Interlloyd der dauernden Vermögensanlage gewidmet und wurden wie Anlagevermögen behandelt. Bei der Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile wird der im Rahmen einer Fondsdurchschau ermittelte nachhaltige Wert zugrunde gelegt. Zum 31. Dezember 2019 wurde der Börsenkurswert als nachhaltiger Wert angenommen. Im Vorjahr wurde der nachhaltige Wert für die Bewertung der Aktien innerhalb der Spezialfonds auf der Grundlage der langjährigen Entwicklung des Kurs-Gewinn-Verhältnisses der Benchmarks Stoxx Europe Large 200 und MSCI Emerging Markets eingeschätzt. Rententitel innerhalb der Fonds wurden mit dem Marktwert bewertet. Alle Positionen innerhalb der Fonds mit einem Rating von mindestens BBB- wurden mindestens zum Nominalwert angesetzt. Die Bewertung der wie Anlagevermögen behandelten Inhaberschuldverschreibungen erfolgte analog. Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden auf diese Investmentanteile keine (Vj. 335.840,60 €) durchgeführt. Wertaufholungen auf diese Titel erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 136.471,05 € (Vj. 0,00 €).

Zum Bilanzstichtag bestanden keine unsaldierten stillen Lasten (Vj. 97.231,15 €) aufgrund der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Wie bereits in den Vorjahren wurden die Zugänge bei Investmentfondsanteilen, nicht aber bei Inhaberschuldverschreibungen, den wie Anlagevermögen behandelten Kapitalanlagen zugeordnet.

Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr nicht erforderlich. Zero-Namensschuldverschreibungen werden, sofern vorhanden, mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive beziehungsweise passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt und aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren sowohl im Geschäftsjahr als auch im Vorjahr nicht erforderlich. Bei den im Direktbestand der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich gemäß IDW RS HFA 22 um einfach strukturierte Produkte, die entsprechend einfach bilanziert werden.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassung) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhythmus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und gegebenenfalls über Ausgleichszahlungen angepasst.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Alle Forderungen werden innerhalb von spätestens 14 Tagen nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig. Soweit erforderlich, werden **Forderungen an Versicherungsnehmer** abgeschrieben beziehungsweise unter Berücksichtigung eines überschrittenen vordefinierten Fälligkeitszeitraums einzel- oder entsprechend den Ausfällen der Vorjahre pauschalwertberichtigt. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden in voller Höhe abgeschrieben. Die **Forderungen an Versicherungsvermittler** wurden nicht wertberichtigt, da diese, bedingt durch größere bereits erhaltene Teilzahlungen, als werthaltig angesehen wurden.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen aus dem abgegebenen Versicherungsgeschäft. Der Saldo von 275.767,73 € (Vj. 471.347,36 €) ergibt sich komplett aus dem an die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgegebenen Versicherungsgeschäft. Die Bilanzierung erfolgte in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden. In den **sonstigen Forderungen** sind im Wesentlichen Abrechnungssalden aus konzerninternen Dienstleistungen enthalten. Alle Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie werden mit dem Nennwert bewertet.

Der Bestand an **laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Auf fremde Währung lautende Bankbestände bestehen wie im Vorjahr nicht. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind von den Beständen für den Bilanzausweis abgezogen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten, die den Anschaffungskosten entsprechen, bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Soweit zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich umkehren, entstehen darauf **latente Steuern** zum unternehmensindividuellen Steuersatz. Bei der Ermittlung der latenten Steuern werden aktive und passive latente Steuern saldiert. Da über die ARAG Allgemeine mit der ARAG SE eine körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Organschaft besteht, werden die latenten Steuern jedoch auf Ebene des Organträgers abgebildet.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beiträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft ohne die Gewährung von Vorzügen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten. Die gesetzliche Rücklage ist vollständig dotiert.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden um die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzeln ermittelt und nach dem individuellen Bedarf bewertet. Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rentendeckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV), basierend auf dem aktuell gültigen Höchstzinssatz von 0,9 Prozent, durch die Verantwortliche Aktuarin der Gesellschaft unter Einbeziehung der für die Regulierung erforderlichen Aufwendungen einzeln berechnet.

Für Spätschäden und Wiedereröffnungen werden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

Aufgrund der positiven Abwicklung großer und mittlerer Vorjahresschadenfälle, insbesondere im Zweig der Allgemeinen Unfallversicherung, beträgt das Bruttoabwicklungsergebnis der Gesellschaft rund 4 Prozent, bezogen auf die korrespondierende Eingangsreserve.

Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen vorgenommen. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gebildeten Rentendeckungsrückstellungen blieben im Berechnungsverfahren unberücksichtigt.

Der **technische Zinsertrag** wurde mit 0,9 Prozent des arithmetischen Mittels aus Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellungen berechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** ist gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet worden. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf das nationale Geschäft und die Niederlassungen erfolgt, sofern notwendig, nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen wurden für folgende Risiken gebildet:

Die **Stornorückstellung** für Wagnisfortfall und Wagnisminderung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ist im Berichtsjahr nach einem auf Erfahrungswerten beruhenden Stornosatz berechnet worden. Die Aufteilung auf die einzelnen Versicherungszweige wird nach dem Beitragsschlüssel vorgenommen.

Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) auf der Grundlage der Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck berechnet. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Wie im Vorjahr wurde auch in 2019 für die Bewertung ein Rechnungszinssatz auf Zehn-Jahres-Durchschnittsbasis verwendet, dieser beträgt 2,71 Prozent (Vj. 3,21 Prozent). Der Unterschiedsbetrag, der sich aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts ergibt, beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 433.979,00 € (Vj. 471.978,00 €). Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVA-GAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 1,75 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung wurden mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden entspricht dem Aktivwert der zur kongruenten Bedeckung abgeschlossenen Rückversicherung und beträgt 17.299,00 €.

Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden generell in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Diese haben im Allgemeinen eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 499,63 € (Vj. 73,08 €) an. Zinserträge hieraus entstanden wie im Vorjahr keine.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt im Allgemeinen weniger als ein Jahr. Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet. Alle anderen Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere Die Ermittlung der Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erfolgte entsprechend der bereits zuvor beschriebenen Bewertungsverfahren dieser Bilanzpositionen.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt. Die restlichen ausgewiesenen Kapitalanlagen wurden mit Marktwerten angesetzt.

In der Aufstellung der Kapitalanlagen im Anhang unter IV. Nichtversicherungstechnische Angaben sind die Zeitwerte nach Anlageklasse angegeben.

III. Versicherungstechnische Angaben

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

(in Tausend Euro)

	Gesamtes Versicherungsgeschäft		Unfallversicherung		Haftpflichtversicherung	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Gebuchte Bruttobeiträge	61.188	59.769	9.707	9.622	5.297	5.304
Verdiente Bruttobeiträge	61.242	59.797	9.750	9.657	5.324	5.292
Verdiente Nettobeiträge	29.644	28.670	4.780	4.745	2.465	2.458
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	30.143	30.402	4.265	4.784	1.573	2.410
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	24.983	24.021	3.751	3.650	2.064	2.073
davon Abschlussaufwendungen	3.357	3.535	235	224	345	393
davon Verwaltungsaufwendungen	21.625	20.486	3.516	3.426	1.719	1.680
Rückversicherungssaldo	3.057	2.461	831	657	1.055	575
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. vor Schwankungsrückstellung	1.878	1.837	911	599	619	228
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Schwankungsrückstellung	2.009	6.009	876	3.691	619	228
Versicherungstechnische Bruttoreückstellung insgesamt	68.371	65.243	21.946	22.746	4.733	4.682
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	39.079	35.825	16.553	17.352	3.517	3.443
davon Stornorückstellung	730	670	117	109	64	60
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellung	15.033	15.165	3.556	3.521	0	0
Anzahl mindestens einjährige Versicherungsverträge	392.602	398.362	57.936	59.550	47.537	48.826

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2019	2018
(in Stück)		
Inland	387.708	393.204
Ausland	4.894	5.158
Gesamt	392.602	398.362

Rechtsschutzversicherung		Feuer- und Sachversicherungen		davon Verbundene Hausratversicherung		davon Verbundene Wohngebäudeversicherung		davon sonstige Sachversicherung		Sonstige Versicherungen	
2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
0	2	44.156	42.549	15.916	15.742	19.500	18.519	8.740	8.287	2.028	2.293
0	3	44.034	42.579	15.847	15.768	19.448	18.576	8.739	8.235	2.133	2.266
0	3	21.094	20.087	7.565	7.467	9.212	8.674	4.318	3.946	1.304	1.377
10	1	23.390	22.508	6.004	7.540	10.747	11.596	6.639	3.371	905	699
0	0	18.229	17.389	6.467	6.304	7.908	7.467	3.854	3.618	938	909
0	0	2.282	2.571	627	699	1.028	1.114	627	759	494	346
0	0	15.947	14.818	5.841	5.605	6.879	6.353	3.227	2.859	444	562
0	0	1.122	1.085	1.848	1.065	643	-576	-1.369	597	49	144
-10	3	113	493	1.089	431	-367	-374	-609	436	245	514
-10	3	280	1.573	1.376	2.274	-819	-645	-277	-55	245	514
71	62	40.854	36.935	9.669	10.070	20.650	18.976	10.534	7.889	767	819
71	61	18.742	14.828	3.291	3.487	8.992	7.847	6.459	3.494	196	141
0	0	531	481	191	178	235	209	105	94	18	20
0	0	11.477	11.644	1.739	2.026	7.056	6.605	2.681	3.013	0	0
0	23	276.225	274.641	155.126	151.542	48.810	51.135	72.289	71.964	10.904	15.322

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2019	2018
<i>(in Tausend Euro)</i>		
Inland	60.676	59.258
Ausland	511	511
Gesamt	61.188	59.769

IV. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2019

(in Tausend Euro)

	Bilanzwerte 31.12.2018
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Geschäfts- oder Firmenwert	0
2. Summe A.	0
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.004
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
3. Beteiligungen	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
5. Summe B. II.	1.004
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.989
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.885
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	0
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	4.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0
d) Übrige Ausleihungen	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	0
6. Andere Kapitalanlagen	0
7. Summe B. III.	53.874
Insgesamt	54.878

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2019	Zeitwerte gemäß § 54 RechVersV
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.776
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.776
1.231	0	136	0	14.356	15.901
2.996	609	159	35	34.396	36.076
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	4.000	4.356
0	4.000	0	0	1.000	1.035
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
4.227	4.609	295	35	53.752	57.368
4.227	4.609	295	35	54.756	61.144

Angaben zu Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebestand ist zum Abschlussstichtag kein **Investmentvermögen** enthalten, das zu mehr als 10,0 Prozent durch die Gesellschaft gehalten wird.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für solche Spezialfonds Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum 31. Dezember 2019 waren Anteile an einem gemischten Spezialfonds, zwei Aktienfonds und zwei Rentenfonds mit einem Buchwert von 14.356.056,54 € (Vj. 12.988.616,87 €) dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert der Investmentanteile, die der dauernden Vermögensanlage gewidmet sind, betrug zum Bilanzstichtag 15.901.162,45 € (Vj. 12.960.905,06 €).

Inhaberschuldverschreibungen Bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde ebenfalls von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip für die Anteile Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 waren dem Anlagevermögen insgesamt 7 Titel (Vj. 10 Titel) mit dem Buchwert von 1.293.580,00 € (Vj. 1.902.455,00 €) zugeordnet. Der Zeitwert dieser Inhaberschuldverschreibungen betrug zum Bilanzstichtag 1.348.327,50 € (Vj. 1.989.273,50 €).

Eigenkapital

(in Euro)	2019	2018
Eigenkapital, gesamt	7.392.771,59	7.392.771,59
davon:		
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt	5.000.000,00	5.000.000,00
Es ist eingeteilt in:		
5.000 voll eingezahlte nennwertlose Stückaktien		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB		
Kapitalrücklage am 01.01.2019	1.852.771,59	1.852.771,59
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
Kapitalrücklage am 31.12.2019	1.852.771,59	1.852.771,59
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Gesetzliche Rücklage am 01.01.2019	500.000,00	500.000,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
Gesetzliche Rücklage am 31.12.2019	500.000,00	500.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	40.000,00	40.000,00
IV. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Die **gesetzliche Rücklage** war in den Vorjahren gemäß § 300 Aktiengesetz (AktG) zu bilden. Im Geschäftsjahr erfolgte keine Zuführung zur gesetzlichen Rücklage.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2019 ermittelt sich daher wie folgt:

Pensionsverpflichtungen

<i>(in Euro)</i>	2019	2018
Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche	2.490.530,00	2.819.771,00
davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	- 17.299,00	- 16.344,00
Verbleiben	2.802.472,00	2.474.186,00

Sonstige Rückstellungen

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Rückstellungen für die variable Vergütung 196.405,00 € (Vj. 194.070,00 €), Kosten für den Jahresabschluss 85.607,97 € (Vj. 146.736,71 €), Aufwandsentschädigungen des Aufsichtsrats 55.335,00 € (Vj. 51.440,00 €) sowie Urlaubs- und Gleitzeitrückstellungen 53.642,89 € (Vj. 49.545,54 €) ausgewiesen.

Außerordentliches Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 sowie im Vorjahr ist kein außerordentliches Ergebnis zu verzeichnen gewesen.

Steuern

Die Ertragsbesteuerung der Gesellschaft erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, grundsätzlich auf Ebene der Muttergesellschaft. Die Ergebnisse der realitätsnäheren Bewertung (BMF-Schreiben vom 5. Mai 2000) und Abzinsung der Schadenrückstellungen (BMF-Schreiben vom 20. Oktober 2016) werden bei der Ermittlung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt.

Latente Steuern aufgrund abweichender Wertansätze in der Handels- und Steuerbilanz der Gesellschaft werden in den handelsrechtlichen Abschluss der Organträgerin einbezogen. Da die ARAG Allgemeine ebenfalls Organgesellschaft im Rahmen einer ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG SE als Organträgerin ist, erfolgt die Besteuerung letztendlich auf Ebene der ARAG SE.

Der ausgewiesene Steueraufwand in Höhe von 53.450,76 € (Vj. 5.399,22 €) bezieht sich auf den Steueraufwand der ausländischen Niederlassung in Spanien sowie auf nationale sonstige Steuern.

V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet. Veränderungen auf den Kapitalmärkten und aktuelle Entwicklungen durch gesundheitliche Notlagen (wie beispielsweise COVID-19) werde seitens der Gesellschaft verfolgt. Daraus können sich sowohl Chancen als auch Risiken für die Geschäftsentwicklung ergeben. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr verlief erwartungsgemäß.

VI. Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Nr. 6

Unterschiedsbeträge nach § 253 Nr. 6 können bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts entstehen. Dieser beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 433.979,00 € (Vj. 471.978,00 €).

Abschlussprüferhonorare

Mit dem Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Deutschland wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 Honorare in Höhe von 63.025,21 € (Vj. 63.025,21 €) vereinbart. Die zusätzlich angefallene Umsatzsteuer ist als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Weitere Steuerberatungsleistungen, zusätzliche Beratungs- und sonstige Nichtprüfungsleistungen sind darüber hinaus nicht angefallen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2019	2018
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15.445.845,30	14.997.946,47
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	3.382.743,60	3.214.903,73
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	566.941,67	504.582,73
5. Aufwendungen für Altersversorgung	261.794,35	381.412,75
Aufwendungen, gesamt	19.657.324,92	19.098.845,68

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 50 (Vj. 50). Hiervon entfielen auf den nationalen Vertrieb 20 Mitarbeiter, auf den inländischen Betrieb und die nationale Schadenbearbeitung 25 Mitarbeiter, auf sonstige Bereiche drei Mitarbeiter sowie auf die spanische Niederlassung zwei Mitarbeiter.

Bezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft auf 51.440,00 € (Vj. 26.565,00 €). Für Mitglieder des Vorstands fielen im Berichtsjahr 178.207,31 € (Vj. 91.587,20 €) an. Die Bezüge des Vorstands ergeben sich ausschließlich durch interne Weiterberechnungen von Konzernunternehmen; direkte Bezüge für Mitglieder des Vorstands, frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen fielen im Geschäftsjahr nicht an. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind am Ende dieses Geschäftsberichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit

An der Interlloyd Versicherungs-AG, Düsseldorf, ist die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, mit 100 Prozent beteiligt. An der ARAG Allgemeine wiederum ist die ARAG SE, Düsseldorf, mit 100 Prozent beteiligt. Die ARAG SE wird zusammen mit all ihren Konzernunternehmen in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE, Düsseldorf, zum 31. Dezember 2019 miteinbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht. Die ARAG Allgemeine verzichtet aufgrund der befreienden Wirkung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts der ARAG Holding SE gemäß § 291 HGB auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts.

Düsseldorf, den 3. März 2020

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Uwe Grünewald

Christian Vogée

Dr. Werenfried Wendler

VII. Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat	Werner Nicoll	Versicherungsvorstand a. D., Herzogenrath, Vorsitzender
	Ralf Sohlmann	Vertriebsdirektor a. D., Bochum, stellv. Vorsitzender
	Dr. Alexander Hirsch	Rechtsanwalt, Noerr LLP, Meerbusch
Der Vorstand	Uwe Grünewald	Risikomanagement/Controlling/ Finanz- und Rechnungswesen, Düsseldorf (ab 15. April 2019)
	Wolfgang Mathmann	Risikomanagement/Controlling/ Finanz- und Rechnungswesen, Krefeld (bis 14. April 2019)
	Christian Vogée	Vertrieb/Betrieb/Schaden, Düsseldorf
	Dr. Werenfried Wendler	Personal- und Sozialwesen, Neustadt/Weinstraße (ab 1. Januar 2019)

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Kapitalanlagen
2. Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von T€ 54.756 (93,1% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt, besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Darüber hinaus haben wir das von der Gesellschaft erstellte Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentliche Beteiligung der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Kapitalanlagen sind im Abschnitt II „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von T€ 18.867 netto (32,1% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrundeliegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Schadenrückstellungen sind im Abschnitt II „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 22. März 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 18. Oktober 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1999 als Abschlussprüfer der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Düsseldorf, den 12. März 2020

PricewaterhouseCoopers
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaft, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, erhielt der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand. Der Aufsichtsrat erörterte diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend, beriet sie mit dem Vorstand und traf die erforderlichen Entscheidungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr überzeugte sich der Aufsichtsrat in vier ordentlichen Sitzungen und vier außerordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal zur konstituierenden Sitzung des Gremiums zusammen. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Im Berichtszeitraum setzte sich der Aufsichtsrat unter anderem mit der jeweils aktuellen Situation an den Kapitalmärkten und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesellschaft auseinander. Weitere wesentliche Themen der jeweiligen Sitzungen waren die Besprechungen über die laufenden Geschäftszahlen und die aktuellen Erwartungsrechnungen, die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie, die regelmäßige Risikoberichterstattung sowie die Beratung über die strategische Planung der Gesellschaft für den Dreijahreszeitraum von 2020 bis 2022 und deren Verabschiedung. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Rückversicherungserneuerung der Gesellschaft für das Jahr 2019 sowie mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge und der Vergütungssystematik für die Mitarbeiter und mit der Bestellung eines Vorstandsmitglieds.

Zusätzlich hat sich der Aufsichtsrat im Berichtsjahr sowohl in physischen Sitzungen als auch in schriftlichen Verfahren mit der Ausschreibung für den Abschlussprüfer ab dem Geschäftsjahr 2020 beschäftigt sowie die hierzu notwendigen Beschlüsse gefasst.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 sind unter Einbeziehung der Buchführung vom durch den Aufsichtsrat am 22. März 2019 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht und der Bericht des Abschlussprüfers sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der feststellenden Aufsichtsratssitzung ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 ist Dr. Werenfried Wendler zum Vorstandsmitglied der Gesellschaft für das neu gebildete Ressort III (Personal- und Sozialwesen) bestellt worden. Zum 14. April 2019 ist Wolfgang Mathmann aus dem Vorstand der Gesellschaft ausgeschieden. Zum Nachfolger wurde mit Wirkung zum 15. April 2019 Uwe Grünewald benannt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 27. März 2020

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat

Werner Nicoll
(Vorsitzender)

Ralf Sohlmann
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Alexander Hirsch

Weitere Informationen

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Währung, Prozent) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln
Fotografie	Titel: Getty Images

